

Volksstimme

Einzelnummer 40 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Freitag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauennacht“ und „Für die arbeitende Jugend“

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im aufgestellten Lageformat kostet 70 Pfg.; Zeile von drei gespaltenen Spalten 3.— Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Nummer 237

Bezugspreis: Monatlich 6.— Mk. und 1.— Mk. Vierteljährlich; durch die Postgebühren 6.50 Mk. mit Abgabegebühr. Durch die Post zugesandt monatlich 7.— Mk.; im Vierteljahr 21.— Mk.

Redaktion: Große Brauhausstraße 17, Halle a. S. Fernruf-Nr. 6502. Erscheint vormittags 11—12 Uhr.

Halle, Montag, den 10. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Gr. Ulrichstr. 27, Halle a. S. Fernruf-Nr. 5407. Verlagskonto Post Nr. 11092

Gerücht oder Wahrheit?

Die besorgniserregenden Nachrichten über die Entscheidung des Völkerbundes bezgl. Oberschlesien kommen noch weiterhin aus Paris und Warschau. Neuerdings wird sogar gemeldet, daß der Oberschlesien-Ausschuß des Völkerbundes die Teilung Oberschlesiens auf Grund der Soziallinie ohne Abänderung gegenwärtigen Potens empfehlen werde. Das würde also den Verlust des Industriegebietes für Deutschland bedeuten. So gefährlich es im Augenblick auch ist, Optimismus zu predigen, so leben wir doch der Hoffnung, daß die vorgenannte angebliche Entscheidung ein neues Machwerk französischer oder polnischer Agitatoren ist; denn wir können schließlich glauben, daß eine Institution, die über Recht und Gerechtigkeit wachen soll, das deutsche Recht auf Oberschlesien demütigen zu verweigern denkt. Gewiß haben wir mit dem Völkerbund und dem Völkerbundsrat in der augenblicklichen Zusammenkunft manche traurigen Erfahrungen erleben müssen. Aber unser Recht auf die ober-schlesischen Landesteile ist demart, daß auch jene Mächte, die heute noch in Waffen stehen, dieses Recht nicht unterdrückt lassen können.

Neben den beunruhigenden Nachrichten werden gleichfalls Meldungen verbreitet — und diese scheinen uns zureichend zu sein —, daß der Völkerbundrat im die Riererkommission noch keine Beschlüsse gefaßt haben. Infolge der verschiedenen Interessensvertretungen, die sich leider in diesem Völkerbundsrat zusammengedrängt haben, erklärt die Lösung des ober-schlesischen Problems genau dieselben Schwierigkeiten, wie sie während der Beratungen des Obersten Rates in Paris auftraten. Schon die Tatsache, daß der Völkerbundsrat über seine augenblicklichen Pläne zunächst Erkundigungen bei den in Frage kommenden Entente-mächten einholt, beweist, daß die ober-schlesische Frage auch im Völkerbundsrat nicht von rein sachlichen Gesichtspunkten aus, wie es der Fall sein sollte, entschieden werden wird. Dieser Rückhandel läßt Zweifel aufkommen, daß die Entscheidung tatsächlich zu dem angelegentlichsten Termin, also im Laufe dieser Woche, gefaßt werden wird. Uns scheint, daß man auch in Genf heute noch genau so weit ist, wie man vor zwei Monaten in Paris war. Diese Vermutung, die nicht unbegründet ist, wirft kein gutes Licht auf den Völkerbundsrat von heute und mit gutem Recht hat deshalb bereits ein Teil der Auslandspresse darauf hingewiesen, daß für den Völkerbund Erhebliches auf dem Spiele steht. Es bleibt abzuwarten, wie man sich in Genf aus der Affäre retten wird, ob man an den Obersten Rat die Frage zurückverweist oder gar dem Heiner Dewa. Genfer Schlichter die Entscheidung überläßt.

Von polnischer Seite wurde anlässlich der Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien eine Statistik über die Wahlen der Betriebsräte in den ober-schlesischen Landesteilen nach Genf übermittelt, um zahlenmäßig nachzuweisen, daß die polnische Arbeiterseite die deutschen Arbeiter überwiegt. Wie so oft von polnischer Seite mit falschen Behauptungen und falschem Material Beweise geführt wurden, so beruht auch die genannte Statistik nicht auf Tatsachen, sondern auf freien Behauptungen. Sämtliche deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben sich deshalb veranlaßt gesehen, auf Grund einwandfreier Materialien gleichfalls eine Denkschrift über die Betriebsräte-wahlen an den Völkerbund zu senden. Aus den Angaben der Gewerkschaften geht hervor, wie die bestehenden Betriebsräte während des Aufstandes von den Injungenführern aufgelöst worden sind, an ihrer Stelle polnische Betriebsräte eingesetzt wurden und mit welchen Mitteln gearbeitet worden ist, um das deutsche Element in den Kreisen des Arbeitervolkes zu machen. In Wirklichkeit hat die Betriebsräte-wahl eine ganze deutsche Mehrheit ergeben, was durch die Denkschrift an folgenden amtlichen Feststellungen bewiesen wird:

	deutsch	polnisch
1. Großindustrie (alle im Berg- und Hüttenmännlichen Bereich zusammengeschlossenen Arbeitgebetriebe)	706	858
2. Kleinindustrie (Chemie, Ziegeleien, Schamotte- und Kalkwerke, Zementfabriken)	160	5
3. Tischlereien und Sägewerke	185	30
4. Baubetriebe	514	13
5. Landwirtschaftliche Großbetriebe	116	44
6. Eisenbahn	581	150
Zusammen:	2262	1100

In dieser Zusammenstellung sind die Kleinbetriebe, Bauwerkstätten, Schmiedewerkstätten, Landwirtschaftliche Maschinenbauanstalten usw. die mit der Großindustrie nicht zusammenhängen, nicht in Ermüdung gezogen. Besonders ist noch hervorzuheben, daß auch die internationalisierte Kommission ihr Teil zur Veränderung des Wahlen beigetragen

hat und, daß durch ihr Zutun insbesondere die Wahl der Beamtenträte bei der Eisenbahn unterbunden wurde. Nach der Befanngabe des vorstehenden Materials und der begründeten Tatsachen, wird es gewissen polnischen Kreisen künftighin schwerfallen, sich noch weiterhin der Unwahrheit zu bedienen und auf dem Papier Beweise für die polnische Mehrheit innerhalb der Betriebe zu erbringen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Das Abkommen von Wiesbaden ist verständlich nur im Zusammenhang mit dem Frieden von Versailles und dem Ultimatum von London. Das Ultimatum von London war eine Ausführungsbestimmung zum Frieden von Versailles (und zugleich teilweise eine Abänderung). Das Abkommen von Wiesbaden ist eine Ausführungsbestimmung zum Londoner Ultimatum.

Nach dem Londoner Ultimatum hat Deutschland im Ganzen 132 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Darauf sind am 1. Juli Schuldverschreibungen im Betrag von 12 Milliarden Goldmark ausgeben worden. Schuldverschreibungen für einen weiteren Betrag von 38 Milliarden Goldmark sind am 1. November auszugeben, und ebenso zu dem gleichen Termin Schuldverschreibungen für 82 Milliarden Goldmark. Das ist zunächst bedrucktes Papier mit der Anerkennung deutscher Schuldverschreibungen, sonst nichts. Die ersten 50 Milliarden Goldmark in deutschen Schuldverschreibungen wollte die Entente zunächst auf den Markt bringen, bisher aber hat sich gezeigt, daß kein Mensch die Papiere kaufen will. Sie erscheinen den Kapitalisten die zu unsicher.

Deutschland soll nach dem Plan des Londoner Ultimatus zunächst die ersten 50 Milliarden seiner Schuld verzinsen und teilweise amortisieren. Zu diesem Zweck soll es jährlich zwei Milliarden Goldmark und außerdem 26 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr bezahlen. Diese Zahlungen werden der ersten 50 Milliarden verwendet, kleinen Mehrschuß, so sollen Teile der restlichen Schuldverschreibungen von 82 Milliarden nach und nach in den Verkehr gebracht werden.

Die Zahlungen Deutschlands sind entweder in ausländischen Zahlungsmitteln oder in Waren zu leisten, die Deutschland zu einem bestimmten Preis auf sein Reparationskonto gutgeschrieben werden. Die jährliche Gesamtleistung Deutschlands wird unter den Berechtigten verteilt in der Weise, daß Frankreich etwas über die Hälfte, 52 Prozent, davon erhält.

Das also ist der Rahmen, in den das Wiesbadener Abkommen hineingebaut worden ist. Sein Zweck ist vor allem, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nord-frankreichs zu fördern. Der Aufbau soll durch eine französische Gesellschaft erfolgen, von Anordnung deutscher Arbeitskräfte für das zerstörte Gebiet ist zunächst nicht die Rede. Aber was zum Wiederaufbau gebraucht wird, an Baumaterialien, Geräten, Maschinen usw., das soll von Deutschland angefordert und von ihm geliefert werden.

Man soll aber Frankreich von der deutschen Gesamtleistung nur 52 Prozent bekommen. Nehmen wir an, die deutsche Gesamtleistung betrage 35 Milliarden Mark, dann hätte Frankreich etwa 1,8 Milliarden davon zu bekommen. Erreichte dann die deutsche Leistung in Waren diesen Betrag, so würde Frankreich von Deutschland nur Waren und kein Geld bekommen. Würde aber die deutsche Leistung für den Wiederaufbau jenen Betrag übersteigen, so hätte Frankreich, weil seine 52 Prozent überschritten sind, noch bares Geld an seine Alliierten herauszugeben.

Um diese Folgen zu vermeiden, hat man die Abänderung getroffen, daß zunächst in den 4½ Jahren nur 35 Prozent der deutschen Wiederaufbauleistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Den Rest von 65 Prozent bleibt Frankreich Deutschland schuldig, der geht also bis auf weiteres bei anderen Alliierten nichts an. Am Ende der Jahre tritt dann ein Ausgleich ein, indem auch die 65 Prozent, die Frankreich zunächst schuldig geblieben war und mit 5 Prozent verzinst hatte, zurückbezahlt, d. h. auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Damit ist erreicht, daß Frankreich für die zerstörten Gebiete bekommen hat, was es braucht und was Deutschland zu leisten imstande ist. Und noch ein zweites ist für Frankreich erreicht. Es bekommt nicht mehr bloß Schuldverschreibungen, die kein Mensch nimmt, weil keiner ihrem inneren Wert traut, es bekommt nicht nur ausländische Zahlungsmittel, deren Wert schwankt und auf die langfristige Valuta drückt, sondern es bekommt reale Werte, die es in seinen Grund- und Boden hineinbaut, die sein Nationalvermögen wieder vermehren und die ihm nicht mehr verloren gehen können. Wäre Deutschland nach einigen Jahren genötigt, seine Zahlungen einzustellen, oder würde Deutschland ein wesentlicher Teil seiner ökonomischen Verpflichtungen ab-

genommen werden, so hätten die Franzosen inzwischen doch aus der Konturschleife des Verfallers Friedens das Richtige gettet: Den Wiederaufbau ihres zerstörten Gebietes.

Man kann die Frage aufwerfen, warum Deutschland dieses Abkommen abgeschlossen hat, dieser Vorteile für Frankreich ohne weiteres sichtbar sind, die für Deutschland aber nicht. Darauf ist zu antworten: Deutschland hat dieses Abkommen abgeschlossen, weil es selber ein starkes politisches Interesse daran hat, die offene Wunde Frankreichs zu heilen und seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Wirtschaftlich hat Deutschland ein lebhaftes Interesse daran, einen möglichst großen Teil seiner Verpflichtungen in Waren und nicht in ausländischen Geldwerten abzutragen. Je größer der Anteil ist, den Deutschland in fremden Geldwerten zu bezahlen hat, desto tiefer sinkt die deutsche Markt-Bereitschaften aber haben den Vorteil, daß sie häufige Arbeitsgelegenheit bieten. Außerdem genötigt sich Frankreich daran, in großem Maßstab Arbeiter deutscher Waren zu werden, und diese Beziehungen werden für die deutsche Wirtschaft wertvoll bleiben, wenn einmal die Verpflichtungen aus dem Versailles Vertrag erfüllt oder in irgend einer Weise abgelöst sein werden.

Das Abkommen unterliegt nicht der Bestätigung durch die Parlamente, weil es sich nur um Ausführungsbestimmungen handelt. Der Friedensvertrag und Verträge, die ihn ändern, haben die Bedeutung von Gesetzen und müssen haarscharf wie Gesetze behandelt werden. Die Ausführungsbestimmungen sind aber Verordnungen gleichzustellen, die von den Regierungen ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen werden können.

Jedoch kann kein Zweifel daran bestehen: Wäre das Abkommen an den Reichstag gelangt, so würden die Sozialdemokraten dafür gestimmt haben. Denn das Abkommen liegt ganz in der Linie des ehrlichen Erfüllungswillens und der Politik der Verständigung von Volk zu Volk. Seine Durchführung auf die Entlohnung der Begehungen zwischen Deutschland und Frankreich muß man abwarten. Immerhin ist die Haltung der französischen Presse diesem Abkommen gegenüber ein günstiges Vorzeichen.

Eine italienische Stimme gegen das Wiesbadener Abkommen.

Rom, 10. Okt. Die „Trea Nazionale“ schlägt Alarm gegen das Wiesbadener Abkommen. Der Vorbehalt, daß Italien gleichfalls ein derartiges Abkommen mit Deutschland schließen dürfte, genüge nicht, vielmehr müsse Italien entweder an dem angeblich entscheidenden französisch-deutschen Kontrakt teilnehmen oder ein Veto einlegen. Das Blatt, das der Anstoß der Verurteilung seiner Reparationen zum Schaden der anderen Verbündeten. In Deutschland beginne nach der Trea Nazionale infolge dieser Gratisleistungen geradezu ein industrielles goldenes Zeitalter. Italien dagegen sei von dem Wiederaufbau ausgeschlossen, von den Donau- und Balkanmärkten verdrängt und auf dem heimischen Markt bedroht.

Wirth nicht amtsüdig.

Offenburg, 10. Okt. (WZB.) Der Reichsminister hielt hier gestern eine Rede, in der er sich zunächst als nicht amtsüdig bezeichnete angesichts der dringenden Notwendigkeit der Wiederaufbaupflicht. Die große wirtschaftliche Krise, die die Welt durchzieht, werde die schwierigen Probleme, so auch das der Arbeitslosen, aufwerfen. Die militärischen Sanktionen seien ein bitteres Unrecht und kein Ruhmesblatt für die Geschichte der Alliierten. Er hoffe, daß bald alle Verantwortlichen sich zur Beratung darüber zusammenfinden möchten, wie der drohenden wirtschaftlichen Krise in der Welt entgegenzuwirken sei. Der Kanzler warnte, in Oberschlesien ein neues Rand im Osten zu schaffen und damit einen verpestenden politischen Leichnam zwischen das deutsche und das polnische Volk zu legen. Man möge das deutsche Volk nicht durch einen Raub Oberschlesiens enttäuschen.

Beurteilte Kommunisten.

Dessau, 10. Okt. (WZB.) Der Schwurgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den zehn während der Märzunruhen an einer Dynamitvergißung gegen die Eisenbahnbrücke bei Bernburg und die mehrheitssozialdemokratische „Vollmacht“ in Bernburg beteiligten kommunistischen Arbeiter den Hauptbeteiligter und Vorsitzenden der K. A. P. D. in Bernburg, den 23-jährigen Arbeiter Brandenburg zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf weitere zu anderthalb bis sieben Jahren. Vier wurden freigesprochen.

Regierungstrage und U. S. P.

Ein Briefwechsel mit dem unabhängigen Parteivorstand.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am 6. Oktober, nachdem die Antworten der bürgerlichen Parteien bezüglich der Erweiterung der Koalition nach links eingelaufen waren, folgende Schreiben an den Vorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet:

„Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der Demokratischen und der Zentrumsparlei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe „Freiheit“ Nr. 407 vom 6. Okt. 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien erfahren.

Der Vorstand der U. S. P. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es keineswegs ablehnen, Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu examinieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll zu wissen, ob die U. S. P. D., die seit Annahme des Londoner Ultimatus die Regierung durch in der lokalen Erfüllung des Ultimatus und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat, bereit ist vorübergehend die Festsetzung des Regierungsprogramms im einzelnen in dieses Kabinett durch einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der U. S. P. in das Kabinett durch den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit schafft, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialistischem Gruß

J. A. Hermann Müller.

Am 8. Oktober richtete das Zentralkomitee der U. S. P. auf das vorstehende Schreiben folgende Antwort an den sozialdemokratischen Parteivorstand:

„Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 6. ds. Mts. ist erst heute, also mit zweitägiger Verspätung in unsere Hände gekommen. Sie verweisen uns damit offensichtlich auf die bereits am Morgen des 8. Oktober veröffentlichten Antworten des Zentrums und der Demokraten.

Diese Antworten veranlassen Ihr Zentralorgan, den „Vorwärts“, in seiner Morgenausgabe vom 6. Oktober zu dem Ergebnis:

„Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Schriftsätze der Demokraten nach der unabhängigen Arbeiterpartei ist zwar nettlich, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Genossenschaft der U. S. P., daß mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts erwünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Befehl der Demokraten vom 13. Sept., der eine Koalition aus mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit richte, eine leere Geste war.“

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis. Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete in unserer Antwort vom gleichen zurückgeleitete Frage, ob unsere Partei bereit ist, in das Kabinett durch einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, hat Ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett durch gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung ihre

Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist ihr eine parlamentarische Mehrheit in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft und in der Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen sicher.

Mit sozialistischem Gruß

Das Zentralkomitee der U. S. P.

J. A. Crispian.

Es ist zu bedauern, daß die Unabhängigen zur Frage ihres Eintritts in die Regierung nicht eine vollkommen einseitige Stellung eingenommen haben. Dadurch würden sie in kürzerer Weise, wie das bisher geschehen ist, eine Durchkreuzung derjenigen Pläne erreicht haben, die die Koalition nach rechts und eine Schwächung des sozialistischen Einflusses erzwingen.

Zu bemerken ist übrigens, daß auch die Bereitschaftserklärung der U. S. P., in die durch die Koalition einzutreten, noch nicht den Eintritt selbst zur Folge gehabt hätte, weshalb man bezweifeln kann, daß das Zentralkomitee die Reichstagsfraktion nicht eigens zur Entscheidung über die Frage nach Berlin berufen will. Hier ist aber auch aus dem vorliegenden Briefe der U. S. P. hervor, daß diese ihren Eintritt in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, sondern vielmehr diese Angelegenheit als eine offene Frage behandelt. Auch die bürgerlichen Parteien, die zu dem jüngsten Schritt der Unabhängigen mit Veranlassung gegeben haben, sollten jetzt reiflich überlegen, ob eine Erweiterung der Koalition nach rechts ihren Zweck erreichen würde, wenn gleichzeitig die Unterstützung, die die U. S. P. dem Kabinett durch angedeihen läßt, sich in schärfste Opposition verwandeln würde.

Die Unternehmung des Oppauer Unglücks.

Der vom Bayerischen Landtag eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Feststellung der Ursache der Explosionstastrophe in Oppau hat sich über das Explosionsunglück geäußert. Die unterirdisch gebliebenen 7000 Tonnen Ammoniumsalzfalspeters sind jetzt durch einen Stacheldraht eingekerkert. Täglich werden dort Temperaturmessungen vorgenommen, die insofern bisher noch keine Temperaturerhöhung ergeben haben. Sollte eine solche eintreten, so müßte der ganze Vorrat unter Wasser gesetzt. Wie mitgeteilt wurde, soll bei dem Abtransport des Produkts nicht mehr das Sprengverfahren, sondern das Verfahren des Abfahrens angewendet werden. Die Aushebung des im erwähnten Explosionsstücker wird mit 96 Meter Breite, 165 Meter Länge und 18,5 Meter Tiefe angesetzt. Von den statistischen Angaben interessiert die Feststellung, daß im ganzen 800 Eubauben nötig seien und 192 Säuger völlig eingestürzt sind. Von den Bewohnern des Ortes sind, ausschließlich der Kinder, 1000 Personen auswärts untergebracht. Bis jetzt hat das Bürgermeisterrat zur Unterstutzung der Familien und zur Hebung der Reparaturen 420 000 Mark erhalten.

Der Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Herstellung und der chemischen Zusammenetzung des Explosionsfabrikats. Professor Dr. Bösch berichtete über die Versuche und Arbeiten, die man im Laufe der Jahre mit dem Ammoniumsalzfalspeters vorgenommen hat. Er erwähnte u. a., daß während des Krieges einmal eine Fliegerbombe mit einer Säureladung in das Ammoniumsalzfalspeterslager ging, ohne daß jedoch irgendwelche explosive Eigenschaften des Salbitrats hervorgerufen wären. Die Direktion legte auf eine Anfrage des Abg. Hoffmann an die Untersuchungen dar, daß die unteren Schichten keine andere Temperatur als die oberen Schichten des Salbitrats gehabt haben können. Auf die Frage des Abg. Hoffmann, ob im Innern der aufgelassenen Masse eine Jersung vor sich gehen konnte, antwortete Direktor Gauß, daß das vollständig ausgeschlossen sei. Spritzschiffe Bagener erklärte, daß in dem Explosionsort 110 zum ersten Mal nach Einführung des Sprengverfahrens geplatzt worden sei. Über in einem anderen Bau Nr. 112 habe man schon länger mit dem Sprengverfahren gearbeitet, ohne daß irgend etwas Auffallendes beobachtet wurde. Arbeiterrat Raffkauf meinte hierzu, zwischen dem Bau 110 und dem Bau 112 bestesse aber der Unterschied, daß in dem ersten das Material sofort eingepreßt wurde, in dem letzteren dagegen die Masse auf einer Förderbahn eingeführt wurde. Durch den Transport des

Ammoniumsalzfalspeters könne eine verschiedenartige Beschaffenheit der Salpetererzeugung sehr wohl statt finden. Im Bau 112 wurde die Masse, nachdem sie in Förderwagen geschaffelt wurde, auf einem noch etwa 100 Meter weit geföhrten Professore Bösch beanstandete die Wahrnehmung ergriffener Temperatur in dem Silos dahin, es sei geschloßes damit in Zusammenhang zu bringen, daß bei den Spritzverfahren die Luft in den Silos feucht gewesen sei. Die Arbeitervertreter betonten noch folgendes: Viele Arbeiter müßten während der Arbeit wegen der außerordentlich starken Gasentwicklung vom Vorarbeiter hinausgeschickt werden, weil sie Schwächeanfalle erlitten hatten.

Genations-Wulle.

100 Millionen aus der Ludendorffspende für den SPD-Wahlfonds.

Kein Schwindel ist plump genug, um nicht durch das Blatt des bekannten Maulwurfsbauers Wulle verbreitet zu werden. Der Sonnabend-Spatzenblättchen die geeignete Zeit dafür. Denn da haben fast alle Bureaus der Verbände usw. geschlossen und werden vor Montag nicht wieder geöffnet. So kann selbst die fetteste Ente, die am Sonnabendabend aus dem Ei schlüpft, sich 36 Stunden lang ihres Lebens erfreuen, ehe ihr der Hals umgekehrt wird. So denkt Herr Wulle und melbet in der Sonnabend-Ausgabe seines Blattes, daß 100 Millionen Mark aus der Ludendorff-Spende für Kriegesbedürftige für sozialistische Wahlwahlzwecke verschleudert worden seien. Und daß ferner die Kriegesbedürftigenorganisationen zu diesem größten Betrag nachrevolutionärer Zeit! schwiegen, weil sie auch sozialistisch verurteilt seien.

Denn äußert sich nun das Reichsarbeitsministerium wie folgt:

Die im Jahre 1918 von dem Reichsausschuss der Kriegesbedürftigenfürsorge, in dem die Hauptfürsorgestellen der Kriegesbedürftigenfürsorge vereinigt waren, unter dem Namen der Ludendorffspende aufgebracht Mittel, rund 160 Millionen Mark, sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder in eine Zentralstelle geschleckt, sondern in den Ländern bzw. Provinzen vertrieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Hauptstellen der Kriegesbedürftigenfürsorge (in Preußen die Landeshauptstelle, in Bayern die Regierungspräsidenten usw.) gemäß den bei der Sammlung angegebenen Zweckbestimmungen und somit dem Spendewilligen entsprechend lediglich zur Ergänzung, nicht aber zur Entlastung der Reichs-, Staats- und kommunalen Fürsorge verwendet. Dabei wirken, entsprechend dem Geleße vom 8. Februar 1919, die Kriegesbedürftigenorganisationen mit. Nur ein Bruchteil der Sammlungserträge wurde und wird als Reichsausgleichsfonds unter Mitwirkung der Spigenorganisationen von dem Reichsausschuss der Kriegesbedürftigen- und Kriegesinterbienenfürsorge zugunsten wiederum ergänzender allgemein deutscher Kriegesfürsorgewege verwaltet. Dabei wirken entsprechend dem obgenannten Geleße die Spigenorganisationen der Kriegesbedürftigenfürsorge mit. Der Reichsausschuss der Kriegesbedürftigen und Kriegesinterbienen, der Reichslandvolker des alten Reichsausgleichsfonds der Kriegesbedürftigen, der Kriegesbedürftigenfürsorge ist gemäß dem genannten Geleße dem Reichsarbeitsministerium angegliedert. Aus diesem Tatbestand geht bereits die tatsächliche Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorffspende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden. Weiter ist der Feststellung des Reichsarbeitsministeriums zu entnehmen, daß eine geprüfte Abrechnung der Ludendorffspende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und der gesamten Presse überreicht worden ist.

Russische Dynamische. Die hiesige Vertretung der russischen sozialistischen Arbeiterpartei hat der Reichsregierung anlässlich der Oppauer Katastrophe ihre Teilnahme ausgesprochen und eine Spende von 10 000 Mark übermittelt.

Die Marktenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erdmann-Ghatrian.

(S. Fortsetzung.)

Er hatte bleifarbene Epauletten, einen großen Säbel mit Lederheide, dessen Griff hinter seinem Ellenbogen heraufhing und Stiefel, so mit Kot überzogen, daß man nichts mehr sah als die gelbe Erde, die auf ihm zu trodnen begann. Auf dem Schranz lag sein Hut mit einem Bußch von roten Federn, die im Luftzug wickelten, denn trotz der Hitze waren die Fenster offen; eine Stühlwage ging hinten auf und ab, Gemehr im Arm und blieb von Zeit zu Zeit stehen, um einen Blick auf den Tisch zu werfen. Während er ruhig den Schranken weiter zerarbeitete, hob der Mann mit dem dicken Badenbart mit rascher Stimme an: „Also Du bist Arzt?“ — „Ja, Herr Kommandant!“

„Nenne mich Kommandant kurzweg oder Bürger-Kommandant; ich habe es Dir schon gesagt, die „Herren“ und die „Madamen“ sind abgeschafft. Aber, um auf unsere Rede zurückzukommen: Du mußt das Land kennen; ein Landarzt kennt seine Gegend. Wie weit haben wir nach Kaiserslautern?“ — „Sieben Stunden, Kommandant!“ — „Und nach Birmaiens?“ — „Ungefähr acht.“ — „Und nach Landau?“ — „Ich glaube fünf gute Stunden.“ — „Ich glaube, ungefährt, beifällig ist das auch die Rede eines Mannes, der in der Gegend zu Hause ist? Höre, Du scheinst mir Angst zu haben. Du fürchtest, daß, wenn die Wehrkräfte hier durchkommen, sie Dich für die Auskunft, die Du mir gibst, aufhängen. Schläge Dir diesen Gedanken aus dem Sinn! Die französische Revolution bestraft Dich.“

Und indem er den Untel mit seinen grauen Augen starb anseh, sprach er, sein Glas erhebend: „Auf das Wohl des neuen und unabhängigen Republik!“

Sie stießen zusammen an, und der Untel, ganz blank,

trank auf die Republik. „Nun denn,“ hob der andere an, „hat man hier keine Deiterreicher gezeiht?“ — „Nein, Kommandant.“ — „Ist das gewiß? Wie! Scham mir ins Gesicht.“ — „Ich habe keinen gezeiht.“ — „Bist Du nicht in den letzten Tagen in Reithal gewesen? Er glaubte, der Kommandant sei hier von durch einen Dorfbesohner in Kenntnis gesetzt und antwortete: „Ja, Kommandant.“ — „So, und es gab dort keine Deiterreicher?“ — „Nein!“

Der Republikaner leerte sein Glas und warf einen schiefen Blick auf Untel Jakob; dann kredete er den Mann aus und sagte ihm mit einer sonderbaren Miene am Fasttagelent: „Du sagst Nein.“ — „Ja, Kommandant.“ — „Gut, Du sagst! Und mit langwieriger Stimme legte er hinzu: „Wir hängen nicht, wir Republikaner, aber wir erdheben manchmal solche, die uns betrogen.“

Das Gesicht des Untels wurde nun noch blässer. Jedoch wiederholte er mit ziemlich heiser Stimme und erhobenen Kopf: „Kommandant, ich versichere Sie auf Ehre, daß vor drei Tagen kein Kaiserlicher zu Reithal war.“ — „Und ich,“ rief der Republikaner, dessen graue Augen unter seinen dichten, kalben Augenbraunen funkelten, „ich sage Dir, daß welche dort waren. Ist das deutlich?“

Es folgte eine Stille. Alle, die in der Küche waren, sahen herein; die Miene des Kommandanten war keineswegs beruhigend. Ich ging an zu meinen und trat mit Tränen in das Zimmer vor, wie wenn ich dem Untel Jakob Hilfe leisten wollte; ich stellte mich hinter ihn. Der Republikaner betrachtete uns beide mit gerungenen Brauen, was ihn aber nicht hinderte, noch einen Mißgeschickten Säutun zu verschlingen, wie wenn er damit Zeit zum Nachdenken gewinnen wollte. Draußen schlochte die Wehr ganz laut.

„Kommandant,“ erwiderte der Untel mit Festigkeit, „Sie wissen vielleicht nicht, daß es zwei Reithal gibt, eines Kaiserslautern zu und das andere an der Queich, zwei Reithal Stunden von Landau. Bisher hat man das

Deiterreicher da unten; aber auf dieser Seite hatte man Mittwochabend noch keinen gezeiht.“

„Das,“ sagte der Kommandant in schlechtem lothringischem Deutsch mit spöttischen Lächeln, „das ist nicht übel. Aber wir, zwischen Weitz und Saargemünd, wir sind so schlau wie Ihr. Wenn Du mir nicht beweist, daß es zwei Reithal gibt, so sage ich Dir offen, ist es meine Pflicht, Dich arretieren und vor ein Kriegsgericht stellen zu lassen.“

„Kommandant,“ erwiderte der Untel, indem er den Mann ausstreckte, „der Beweis, daß es zwei Reithal gibt, findet sich auf allen Karten des Landes.“ Er zeigte immer alte, an der Wand hängende Karte. Da wendete sich der Republikaner in seinem Verstand, um, schaute hin und sagte: „Ah, das ist eine Karte der Gegend, laß ich dir zeigen.“

Der Untel nahm die Karte herab und indem er sie auf dem Tische ausbreitete, zeigte er die beiden Ortshafte. „Gut,“ sagte der Kommandant, „jeht ist recht; ich verlange nur Deutlichkeit.“ Die beiden Ellenbogen auf den Tisch stützend und seinen dicken Kopf zwischen den Händen haltend, betrachtete er die Karte.

„Sieh, sieh, das ist herrlich,“ sagte er. „Wo kommt die Karte her?“ — „Mein Vater hat sie gemacht; er war Geometer.“

Der Republikaner lächelte: „Ja, die Wälder, die Flüsse, die Wege, alles ist darauf bemerkt; ich finde mich ganz zurecht; da sind wir vorbeigekommen; das ist gut, das ist vortrefflich.“

Und indem er sich aufrichtete, sagte er deutlich: „Du brauchst diese Karte nicht, Bürger, Doktor; ich habe sie nötig und ich nehme sie für den Dienst der Republik in Beschlag. Adieu, adieu. Stoch mit mir an und laß mich mit einem Schluß das Fest der Eintracht feiern.“

Es läßt sich denken, mit welchem Eifer Arbeit in den Keller hinabging, um noch eine Flasche zu holen.

Stellung der Eisenbahntarife.

Anregungen der SPD-Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsverkehrsministerium die folgende Eingabe gelangen lassen:

Nach uns ausgehenden Mitteilungen werden die Personentarife der Reichsbahn in Höhe um weitere 30 bis 35 Proz. erhöht. Obwohl wir die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme mit Rücksicht auf die sofortige Deckung der entstehenden Mehraufwendungen der Reichsbahn durchaus anerkennen, so ist uns doch mit aller Entschiedenheit dagegen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Reisenden herabgesetzt wird. Dies kann geschehen, wenn nachfolgende Forderungen durchgeföhrt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist mit Rücksicht auf die Verhältnisse, unter denen insbesondere die mindere Mittelklasse zu leiden haben, der Auffassung, dass bei der diesmaligen Erhöhung der Fahrpreise unter allen Umständen eine Leistungsfähigkeit eintreten muß, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Reisenden herabsetzt. Dies kann geschehen, wenn nachfolgende Forderungen durchgeföhrt werden.

Wochenfahrkarten:
Wir stellen anheim, von einer Erhöhung gänzlich abzusehen, weil die letzte Erhöhung der Preise der Wochenfahrkarten von 200 bis 300 Proz. eine ungewöhnlich und untraglich hohe war.

IV. Wagenklasse:
Die Preise für die Wagenklasse wurden bei der letzten Tarifänderung um 40 bis 50 Proz. erhöht. Es muß deshalb verlangt werden, daß an Stelle der beabsichtigten 30 bis 40prozentigen Erhöhung eine solche von höchstens 10 Proz. durchgeföhrt wird.

III. Wagenklasse:
Hier schlagen wir vor, die Preise nur um 25 Proz. zu erhöhen. Wie im Norden des Reiches so auch im Süden für den größten Verkehr bedingte und ohne die Zugläufe geföhrt werden. Insbesondere trifft dies für Baden zu.

II. und I. Wagenklasse:
Nach unseren Beobachtungen beim täglichen Verkehr war auch nach der letzten starken Tarifherabsetzung ein Rückgang in der Befolgung dieser beiden Wagenklassen nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil, diese Wagenklassen sind heute zum großen Teil besetzt, nicht nur mit Reisenden des Inlandes, sondern auch mit solchen des Auslandes, so daß hier eine schärfere Heranziehung zur Aufbringung der erforderlichen Mittel unter allen Umständen geföhrt werden muß.

Eine Erhöhung der Fahrpreise um 40 Proz. in der II. und um 50 Proz. in der I. Wagenklasse erscheint durchaus gerechtfertigt.

Keine Privatisierung der Eisenbahn.

Die Präsidenten aller deutschen Eisenbahndirektionen, die in München zu einer Reichspostkonferenz verammelt waren, lehrten in ihrer Sitzung vom Sonnabend die Privatierung zur Überführung der Reichseisenbahn in Privatbetriebe ab. Diese Stellungnahme ist außerordentlich erfreulich und kennzeichnet die Lage in bemerkenswerter Weise. Die Präsidenten der Eisenbahndirektion gehören zu den höheren Beamten, die im Dienste des Reiches tatsächlich materielle Opfer bringen. Es ist nun einmal unethisch, diese Tatkunde, das Privatverdienst zu behaupten, höhere Gehälter zu zahlen, als das Reich kann, und dieser Umstand hat dazu geführt, daß aus den Zentralbehörden, aus den Ministerien usw. sich eine große Zahl von höheren Beamten regelrecht hat austausen lassen. Wenn die Präsidenten der deutschen Eisenbahndirektion sich gegen eine Privatierung der Eisenbahn gewandt haben, so ist das eine Stellungnahme, die gegen ihr eigenes materielles Interesse gerichtet ist. Man muß sich dabei daran erinnern, daß sich auch in diesen Stellen noch mander alte Beamte befindet, der bei Republik nicht übermäßig gemogen ist. Hier liegt also ein Urteil vor, das wirklich von sachlichen Gründen getrieben war und das darum anerkannt werden muß. Hoffentlich nehmen die weiteren Erörterungen des Reichsverkehrsministeriums in dieser Frage ein glückliches Ende.

Reines Semmelton.

Stückspiele der Niederdeutschen Bühne.

Die Niederdeutsche Bühne Hamburg kommt zu uns, spricht zu dem weiten Deutschland von den eigenen Nöten und Behaglichkeiten, der herben Tragik und dem gelunden Mutterwie, „Niederdeutsches“, Plappern und Jämehelnd und doch prägnant spricht sich diese Kunst in unser Herz. Mit unbeschreiblicher Kraft, mit tiefer Begeisterung. Der Dialekt erhält die Wirkung, ist leicht gerade ihr Urheber. Denn primitive Charakterzeichnung und plattdeutscher Dialog haben in ursprünglichem Zusammenhange. Der Tod ihres gelebten Vaterlandes Hermann Böhndorf hat die niederdeutschen Schauspielers zu uns getrieben — und wir danken es ihnen. Sie haben unsern Blick verginns, mit unserm Herzen das Mitleid der niederdeutschen Vorkämpfer gebracht. Die Abende waren ein voller Erfolg. Der Beifall stürmisch. Wie schade, daß der Besuch wenig zurückblieb!

De Föhrtog.

Ein Speel in drei Akten von Hermann Böhndorf. Vor dem Beginn des Speiles spricht H. Böhndorf über „Hofdorf und das niederdeutsche Theater“. Er klagt dem Munde, der erst vor wenigen Tagen (24. September 1921) verstorben ist, den Ehrenkränzen des bedeutendsten neueren niederdeutschen Dichters und Feinsinnigen des Föhrtogs als den Mann, der die niederdeutsche Dichtung über den stofflichen Naturalismus des Hoffmannswaldens, aber allzu frühe verstorbenen Stimmungen hinaus zur ethischen Gestaltung und Symbolisierung des Stoffes entwickelt hat.

Und wahrhaftig! Waren der Kröger, die Krögerin und der Knecht im Föhrtog, der schließlich die Konzentration des Lebens ist, nicht die Verkörperung der höchsten Gewalten, Geister und tierische Erbbedeutung, die den Geist, den Menschen, zum Niedrigen, Gemeinen niederzwingen wollen? Und wenn der Geist Mensch die reine Deem aus den Kräften dieser Dämonie erzieht und sich mit diesem Seelen für ein ganzes Leben verbindet, was das nicht die Überwindung der todenden Tiefe, das Streben um die Gestaltung dessen, was ist?

Die Darstellung war einfach glänzend, über jede Kritik erhaben. Die Akte geföhrt Herr Dr. Richard Ohnjorg, der eine straffe Regieführung und glänzende Darstellung des feigen, atombolischen Kröger gab. Glänzend die ganz triebhafte Krögerin Magda Böhndorf, ganz geschickt der Knecht John Böhndorf, der auch den mitleidigen Kröger sprach. Die Mit-

Verdienste der Hohenpollern.

Die Hohenpollern hatten sich in ihrer Hauptaufgabe Potsdam befragt eingedrückt. Für den Schmud und die Besichtigung der Tafel existierten allein dort ein halbes Duzend gärtnerische Spezialbetriebe, so eine Ananas-, eine Melonen-, eine Wein- gärtner-, große Orkideenanlagen usw. Nach dem Zusammenbruch wurden diese Internierungslager zum zungewöhnlichen prunkvollen Finanzministerium in öffentlicher Ausdehnung vergrößert. Das geschah gleichzeitige mit der Gärtnereien, die einmal Staatsbesitz wurden, sobald die Auseinanderlegungen zwischen der normalen Krone und Preußen beendet sind und mit den Gärtnereien, die vorausichtlich Hohenpollernsches Privateigentum bleiben werden, zurzeit aber unter der Zwangsverwaltung des Finanzministeriums stehen.

Auch aus diesen Angelegenheiten, wie wir sie eben schilderten, entwarf ich jetzt die Verdienste der Hohenpollern. Die Gärten erhielten die erwünschten Gärtnereien zu verhältnismäßig geringer Pacht, sie mußten aber die Verpflichtung übernehmen, die Instandhaltung ihrer Betriebe aus eigenen Mitteln zu tragen. Was ist dabei herausgekommen? Jetzt will man die Gärten zwingen, die im besonderen während der Kriegsjahre völlig heruntergewirtschafteten und nicht gelegentlich Gärtnereien auf Grund der Pachtkontrakte in stand zu setzen. So verlangt man jetzt von den Gärten, die eine Gärtnerei gepachtet hat, die früher den Hohenpollern gehörte, in Zukunft dem prunkvollen Staat anheimfallen will, daß er, der 2000 Mark Jahrespacht zahlte, 217 000 Mark für Instandhaltungszwecke leistet.

Der Staat hat von den Hohenpollern heruntergewirtschaftete Betriebe übernommen, dennoch wagt er es nicht, von ihnen die Wiederherstellungskosten einzufordern. Er besteht auf seinem Schein und verläßt die Gärten zu zwingen, das zu zahlen, was er den Hohenpollern abzuverlangen nicht den Mut hat.

Die Deutschlands Kette ausziehen.

In unserem Nürnberger Parteiorgan, dem „Brantischen Tagespost“ lesen wir:

Der Leinwand Hans Bey, einer der Führer der Deutschen und Nationalsozialisten (Antifemi), unter seinen von Beyne, Bayern war am Dienstag, vor der Straßmann Nürnberg wegen Stillschließungsverweigerung an Nürnberg, angeklagt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bey war angeklagt, sich an einem 13jährigen Mädchen unzüchlich verhalten zu haben. Er machte mit dem Kind eine Rumpfarth am Dudenbeid, dabei beging er unzüchliche Handlungen. Der Angeklagte leugnet, sich unzüchlich verhalten zu haben. Das Mädchen macht, aber genaue Angaben, daß der Bey ein Stillschließungsverbrechen an ihr begangen habe. Die vernommenen Zeugen schilderten, daß sie gesehen haben, wie Bey dem Mädchen Küsse und andere Schikheiten gab, nur zu dem einen Zweck, es seinem klandestinen Willen gefügig zu machen. Als das Mädchen den Raum verlassen wollte und auf Befragen der Zeugen erzählte es den Vorfall. Weiter wurde von den Zeugen berichtet, daß sie den Angeklagten Hans Bey öfters mit Kindern gesehen haben, was ihnen auffiel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Hans Bey wegen Stillschließungsverweigerung zu 6 Monaten Gefängnis.

So sehen die Kette Deutschlands aus. In Versammlungen können sie den Mund nicht voll genug nehmen; verlassen die Stadt mit Plakaten, daß sie Deutschland durch Entsetzung der Juden moralisch und sittlich besser gestalten wollen. Besonders Bey ist einer derjenigen, die sich in der Pasttheorie den Mund wund geredet hat, in unbedachten Momenten es mit der so vollständig gebildeten Moral aber gar nicht genau nahm.

Dominicus verurteilt.

Innenminister Dominicus hat an die Presse lange Verurteilungen verurteilt. Er bestätigt darin nur, daß der Breslauer Polizeipräsident — kein Demokrat — soviel Schamgefühl gehabt hat, daß er die Liebesgrüße des prunkvollen Innenministers für Orgel und ihre Nachfolger nur streng geheim weitergegeben hat. Herr Dominicus scheint sich auch heute seiner freundschaftlichen Beziehungen für das Weiterbefehlen der ehemaligen Orgel-Organisation nicht zu schämen. Das meiste von Dominicus, daß er vom 20. April bis 5. Mai nicht gegen den Zuzug der Kreisverbände nach Oberfranken getan, sondern ruhig das Ein-

Mutter Mens.

Schauspiel in fünf Akten von Erik Stabenhaagen. Die fünfjähigen Wänter von heute sind genügt, etwas von dem der Naturalismus im Drama am Ausgang des vorigen Jahrhunderts herabzuheben. Welch große Fäden oder von ihm zum Leben des wirklichen Volkes führen, zeigte am Sonnabend im Thalia-Theater der zweite Stückabend der niederdeutschen Bühne. Er wurde zu einem unbedingten Erfolg, nicht nur der Darsteller, auch der Dichtung.

Am Sonnabend wurde Mutter Mens. die treibende Kraft zum dramatischen Konflikt in diesem Stücke, eine gebankelte schwachende alte Frau werden, eine Ullpfeifferin. Nur in der naturalistischen Welt des Dialektes konnte der Zug zum Tragischen Trübsinnig sein. Die neue Kunst, mit ihren edigen, kräftigen und abgedrehten Konturen, zu der wir genug die gewählte Sprache im inneren Widerspruch steht, wird schwerlich der Menge vertraut werden, wo der jetzt mangelhaft behandelte Naturalismus.

Die künstlerische Leistung des Geniebendes stand auf anerkannter Höhe. Das Spiel war in die kleinsten Einzelheiten wunderbar abgeteilt. Die Charaktere traten nahezu plastisch hervor. Der starke Beifall war deshalb kein Wunder. Das Schauspiel stärker belebt, selbst von denjenigen, die keine Übung der Sprechkunst haben, denn schon nach dem ersten Akt hatte sich das Ohr auf diesen Dialekt eingestellt.

Hüte von Oster Wilde.

Sparfamkeit armen Deuten zu empfehlen, scheint mit ebenso lächerlich wie belegend. Es ist, als ob man einem Verbungeren riete, weniger zu essen.

Die Literatur greift immer dem Leben voraus. Die Literatur ahmt das Leben nicht nach, sondern führt es bloß zu ihrem Zweck.

greifen des Reichspräsidenten abgemauert hat. Diese und viele andere Herrlichkeiten aus dem Reiche des Demokraten Dominicus werden am kommenden Mittwoch bei der Verhandlung sozialdemokratischer Interpellationen im Landtag zu beschreiben sein.

Braunthobener Arbeiter und Stinnes.

Vom Teilschen Braunthobener-Industrie-Berein erhalten wir folgende Mitteilung:

In der ersten Beilage der „Volkstimme“ vom 4. ds. Mts. veröffentlicht Kurt Helmig (Berlin) einen Artikel mit dem obenstehenden Titel, der mehrere sachliche Unrichtigkeiten enthält. Es wird in ihm zunächst die Aufgabe der außerordentlichen Föderation im Braunthobenerbergbau gegenüber der Föderation festgestellt. Als Grund hierfür findet sich angegeben, die Braunthobener-Grubniederlagen haben sich in den Kohlenlieferungsabfällen des Föderationsvertrages von Versailles verordnet. Es ist dies eine Unterstellung, die die schärfste Zurückweisung verdient. In der Kriegszeit kam es darauf an, unter Verwendung neuerer Arbeitskräfte (Kriegsgefangenen) in möglichst kurzer Zeit große Kohlenmengen zu fördern. Der Steinthobenerbergbau kam hierfür nicht in Frage, weil es in hohem Maße geteerte Arbeitskräfte erfordert und weil vor allem wegen der Aus- und Vorrichtungsarbeiten meeres Freilegung größerer abbaufähiger Kohlenfelder eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Im Braunthobenerbergbau lagen dagegen die Bedingungen günstiger. Man konnte mit vergleichsweise einfachen Mitteln unter diesen Verhältnissen vor es für den Braunthobenerbergbau in kurzer Zeit große Kohlenvorräte erschließen und gewinnen. bergbau einfach eine nationale Pflicht, mit allen Mitteln auf eine Förderleistung zu bringen. Er hat sich dieser Pflicht auch unter Hintanhaltung seiner eigenen Interessen unterzogen. Dadurch ist es erst möglich geworden, die Kriegszeit in dem Umfange aufrecht zu erhalten, wie es tatsächlich geschehen ist, und dadurch hat vor erst, ohne allzu großen Schaden zu erleiden, die ersten Jahren der Nachkriegszeit gewonnen. Was aus anderem Band geworden wäre, wenn der Braunthobenerbergbau in seiner Förderung auf dem Föderationsstand stehen geblieben wäre oder gar in ähnlicher Weise wie der Steinthobenerbergbau einen Rückgang erfahren hätte, mag man gar nicht ausdenken. Die Förderleistung ist eine Leistung gewesen, die in der Geschichte des deutschen Braunthobenerbergbaues als eine der größten Taten rühmend verzeichnet werden wird. Angehts dieser Verhältnisse ist es ein hartes Stück, zu behaupten, die Förderleistung des deutschen Braunthobenerbergbaues sei lediglich eine falsche Spekulation auf die Kohlenlieferungsabfälle des Versailles-Vertrages.

Genauwiegen die der Verfasser des Artikels über die Gründe der Produktionssteigerung im Braunthobenerbergbau untersucht ist, scheint er über die Vorgänge gelegentlich der jüngsten Kohlenpreisfestsetzung Bescheid zu wissen. Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, die Braunthobenerniederlagen haben bei dieser Gelegenheit darauf verzichtet, außer den bewilligten Zuschüssen für Abhne und Preiszuschläge für Materialmehrfolgen zu verlangen. Es hatte vielmehr der gesamte deutsche Kohlenbergbau ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er Ende dieses Monats einen Ausgleich für die Materialmehrfolgen verlangen wolle.

Notizen.

Ein Knurrell verhaftet. Der Arzt und Volkswirt Georg Schiele aus Raumburg a. d. S., einer der acht Knurrellführer, gegen die vom Oberstaatsanwalt der Hofstelle wegen Schändens ernst erlassen wurde, ist gestern nachmittags in München festgenommen worden. — Es werden sich wohl noch mehr von der Sorte in München aufhalten.

Reichstagsabgeordneter Dieb. Der bei dem Attentat auf Erzberger verurteilt worden war, ist jetzt wieder völlig hergestellt.

Aus aller Welt.

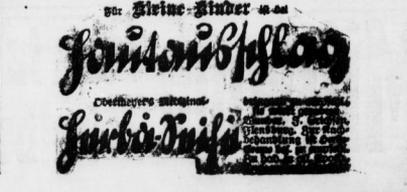
Dopfer des Rebels. Der Dampfer Roman stieß auf der Fahrt nach Dublin bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammen und sank. Von 66 Passagieren und 37 Mann Besatzung wurden drei bzw. dreizehn gerettet.

Derrettete Wundenüberfall. Sonnabend vormittag um 8 Uhr wurde die Stationsstraße von Bauhilfen von vier Wunden überfallen. Die hatten es auf den Wächter für die Arbeiter, die heute geschäftig waren, abgesehen. Der Raub mißlang. Die Räuber entflohen und wurden verfolgt, wobei sich auf dem Kirchhof ein Verstoß entpand. Von den Räubern soll einer verletzt sein.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 100. Die Gebarme hat nach § 25 Abs. 8 der Dienstverweisung für die im preußischen Staatsgebiet tätigen Gebarmen vom 15. September 1920, erlassen vom Wohlfahrtsministerium, die Wöchnerin und das neugeborene Kind in den ersten zehn Tagen mindestens einmal täglich, wenn möglich zweimal zu besuchen. Für jeden Besuch kann die Gebarme nach der Gebärrenordnung für Gebarmen des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 9. Dezember 1920 berechnen 5 bis 10 Mark, für die regelmäßige Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 40 bis 80 Mark. Die Höhe der Gebühren innerhalb der festgesetzten Grenzen sind nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwere und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen. Außerdem kann die Gebarme für Besichtigungen in Häusern, die mehr als zwei Kilometer von ihrer Wohnung entfernt liegen, pro Kilometer 1 bis 1.50 Mark, Kilometergeld berechnen. des Schindenscheines zu schreiben, ist ersichtlich.

Der Kleine Stader 40-41



Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Morgen, Dienstag, abend 7 Uhr, bei ...

Die Parteifunktionäre der Mitteldeutschen Bauzentrale ...

Salle und Gaalreisorte.

1725 000 Mark Bautlozengeld.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, obenan-

Ueber die Bewilligung der 1725 000 Mark hat heute die

„Der Siedler muß seine Arbeitsstelle, Wohnung und Siedler-

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

selbst hat diese Nebenwendung zuerst gebracht, und nicht die

Schließung im Zoo.

Reisende Mütter auf allen Wegen, hellleuchtendes Raub

„Der Siedler muß seine Arbeitsstelle, Wohnung und Siedler-

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

und bis zur gebrauchsfähigen Zusammenstellung der Stahl-

Unterstützung an ehemalige Wehrangehörige.

vor dem 1. 8. 1914. Durch Erlass des Reichsarbeitsministeriums

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

„Die Siedler müssen die Arbeit aufnehmen, die von der

von, das eine Dame von allein so viel Tagelöhler be-
trifft, so zu wissen, wann es angebracht ist, sich zu
verabfinden. Sollten einzelne Beamte nicht das nötige
Fingergeld besitzen, so wäre das wohl kein Grund, jäm-
lichen Beamten ein Armutsgewissnis auszusprechen.

Merseburg—Querfurt—Weichenfels—Zeitz.

Merseburg. Der W. S. in Landratsamt. Der
bisherige kommissarische Landrat unseres Kreises Dr. Lehndorff
ist zum Landrat in Breslau ernannt worden.

Merseburg. Gewerkschaftsartell. Die Fortsetzung
der am Donnerstag, den 6. Okt., verhängten Kartellsetzung
findet Dienstag, den 11. Okt., abends 7 1/2 Uhr, in der
Zunfenzug statt. Die Mitglieder der Tagesordnung erfor-
dert pünktliches Erscheinen aller Delegierten.

Merseburg. Christentum oder Freirententum.
Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag, den 13. Oktober
in „Alteoli“ der Gen. Epochen Maxe Leipzig. Es ist
Blick der gesellschaftlichen und parteipolitischen Arbeiter-
angehörigen und Beamtenfrage, sich über die wichtige Frage
zu unterrichten. Der Freirententum bietet alle proletarischen
Organisationen, etwa für Donnerstag angelegte Veranstal-
tungen zu verzeichnen.

Leubarn. Bergarbeiterlos. Am Freitag früh 8 Uhr
wurde im Tagebau auf Grube Altgraben der Bergarbeiter Wilm
Jacob von hier durch einfallende Kohlenmassen verdrückt. Er
konnte, trotz aller sofort einsetzenden Rettungsarbeiten, nur als
Leiche geborgen werden.

Zeitz. Das Kartell gegen den „Kassentamp“. In
der letzten Sitzung des hiesigen Kartells wurde u. a. auch die
Entscheidung gegen die Kampfesweise des „Kassentamp“,
„Kassentampes“ in Halle, folgende Resolution wurde gegen zwei
Stimmen angenommen: „Die heutige Kartellsetzung verurteilt
ausdrücklich den von den Kartellmitgliedern in Halle durchgeführten
Kampfesweise. Sie trägt ihre schärfste Miß-
billigung aus, daß trotz Beschluß der Betriebsratkonferenz für
Mitteldeutschland in Weichenfels, der sich gegen den gebührenden
Berkampfung wendet, derselbe von den kommunistischen Kreise
weitergeführt wird.“ Gegen die Resolution stimmten die kommu-
nistischen Vertreter B. und S. nicht. Da sie dem zum
Ausdruck bringen wollten, daß der vom „Kassentamp“ geführte
Berkampfung das richtige Mittel zur Bekämpfung des Kartell-
tums ist. Oder ob sie befürchten wollten, daß die unabhängige „Kassent-
setzung“ in Halle um keinen Preis und damit diese Resolu-
tion einseitig abgelehrt ist? Wer weiß?

Mansfelder Kreise—Gaugerhausen.

Einleben. Reiter-Ripper-Konzert. Heute abend
findet im Volkshaus ein großes Orchesterkonzert, dirigiert vom
Kapellmeister Reiser, statt. Als Solistin tritt die berühmte
Klavier-Virtuosin Alice Ripper auf. U. a. bringt das
Programm eine Komposition von Weiser, eine Cuvurire zu
„Arjai“. Dieses Werk mit seiner Form ist mehr eine sinn-
volle Dichtung, denn ein wenig romantischer
Form. Und in der Tat, dieses Werk ist ein Mannes-
Weltmännlichkeit auf Instrumentalmusik mit poetischer
Bedeutung. Aufgebaut ist das Werk auf drei Motive: das Motiv
Wirkens, das Motiv der lustigen Person und das Trau-
matische. Das Programm zu dieser Cuvurire lautet: Wirken,
ein indischer Hüpflied, ist von großer Weisheit ergriffen;
er vermischt seine Gefühle, die Halbgenötigtheit, die in eine
Blume verwandelt worden ist. In seiner Verzweiflung eilt
er in einen Wald und hier ertötet sein Sünden nach Urwald in
ein wildes Rennen aus. Ermattet sinkt er nieder und im
Traume umschließt ihn die geliebte Urwald. Doch bald blickt
das Sünden von Neuen. Zufällig nähert er sich einer Blume,
die sich bei jeder Berührung in Rauch verwandelt. Unter
dem großen Jubel und mit großer Begeisterung wird Urwald
geführt. — Überall, wo das Werk aufgeführt wurde, ist es
mit großem Beifall ausgenommen worden. U. a. in der
„Die Welt“. Am 18. September fand Ferdinand Reiser am
Dirigentenpost. Außer Alice Ripper und Konrad (mit der
raffinierten Alice Ripper am Flügel) brachte der vortreffliche,
japanische Dirigent eine eigene Komposition zur Auf-
führung: eine Cuvurire zu „Raidajus „Arjai“, die ihn auch in
sonstigen Hinsicht als Beherrscher des Orchesters zeigte.
Die Reiser-Konzerte haben in unserer Stadt einen großen
Auf, darüber herrscht nur eine Meinung. Die Arbeiterschaft
und die Pflicht, die künstlerischen Anforderungen Weiser
nach als das Volkshaus geräumig genug ist, Hunderten Platz
zu bieten. Darum auf zum Reiser-Konzert.

Mansfeld. Der Arbeitsmarkt des Gebirgskreises
im September. Das Arbeitsamt schreibt uns: Die Vermittlungs-
tätigkeit gestaltete sich allgemein günstiger und führte zu
einer weiteren Besserung der Gesamtlage des Arbeitsmarktes.
In der Landwirtschaft ist die Kartoffelernte größtenteils in Angriff
genommen. Die Angebote, besonders für weibliche Kartoffelernter,
sind nicht reichlich vorhanden. Aus diesem Grund sind die
Arbeitslose zu den Erntearbeiten herangezogen worden. Die
Nachfrage nach lebenden Knechten und weiblichem Dienstpersonal
ist gegen den Vormonat noch weniger. Der Bedarf konnte nicht
abgedeckt werden. In einzelnen Orten kam es zu einem Teiltritt
der Landarbeiter. Im Bergbau war die Vermittlungstätigkeit
gering. Die allgemeine Stimmung im Bergbau war ge-
heißt an, so daß die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Bergbau-
betrieben wuchs. In der Holzindustrie machte sich eine heftige
Nachfrage nach Tischlern bemerkbar; der Bedarf konnte nicht
abgedeckt werden. Die Arbeitsmarktlage in den Maschinen-
und Gewerbetätigkeiten war ebenfalls nicht ohne sehr
günstige. Eine allgemeine Besserung der Lage der Arbeiter
und Fleischer, war nicht vorhanden. Im Bergbau war ge-
werbe besteht die ungedeckte Nachfrage nach Schmiedern fort.
Das trifft ebenfalls im Bauwesen (Maurer und Zimmer-
mann). Zahlreiche offene Stellen in der Berufskategorie
Schneider und häusliche Dienste, und zwar vor-
wiegend für Frauen und Jungs. Sünde und Sünde, waren auch
in diesem Monat gemeldet; teilweise konnten sie nicht
abgedeckt werden. Den weiblichen Arbeitsjudenden wird nochmals
die folgende Bemerkung unserer gemeinnützigen Einrichtung in Er-
innerung gebracht:

Gaugerhausen. Warum das Schulmeißen? Unsere
Kommission hat seit der Stadterneuerung im Mai d. J.
in unserer Stadterneuerung nicht mehr vertreten, während sie
vorher über die Mehrheit der Stadterneuerung vertrat. Reine
Männer, daß sie mit Vorliebe an unserer Stadterneuerung
Kritik üben. Ob ihnen das gut ansteht, kann man billig be-
weisen. Sind sie doch mit ihrer überflüssigen Stimmenthaltung
bei der Stadterneuerung selbst daran Schuld, daß jetzt in der
Stadterneuerung keine Männer mehr vertreten sind. Die Stadter-
neuerung sind. Wir wollen unseren Kommunisten für ihre so
„erfolgreiche“ Wahlparteihaftigkeit nicht mehr überlassen
ausprechen, da sie ja immer ihrem „Antiparlamentarismus“ als
ihre Hauptkraft der Leitung der Gaugershäuser Wählerarbeit
die Dankschuld von März d. J. und für die vorhergehende Mit-
wirkung der Kommunisten bei der Stadterneuerung verdient.
Nur ein Punkt ist noch zu erwähnen, wenn die Stadter-
neuerung wieder in ihrem bürgerlichen Charakter die Befürchtung

bürgerlichen Magistratsmehrheit dem Genossen Bürgermeis-
ter Gröblich zur Verfügung steht. Bei dem neuen Magistrat
ist seiner bürgerlichen Mehrheit die Hälfte eines Schlichter-
meisters für Dr. Durers Unterrichtsbehörde über wissenschaftlichen
Kommunismus verweigert. Dafür wird Genosse Gröblich von
den Kommunisten zum „Reaktionär“ erklärt. Die „Reaktio-
näre“, verebte Gaugershäuser Kommunisten, sind in Wahrheit je-
doch die Leiter, denn nur unter deren Aufsicht wurde die
die bürgerliche Mehrheit in unserer Stadterneuerung für Dursel!
Wenn deren Beschäfte Euch jetzt nicht gefallen, so verachtet also
nicht, daß ihr ja selbst daran Schuld seid! Ob unsere „Kommun-
isten“ das jemals bereuen werden?

— Sauswirtschaftliche Fortbildungsschule
für Mädchen. Für den Stadtbau Gauershausen wird eine
Sauswirtschaftliche Fortbildungsschule für Mädchen er-
richtet. Am Besuch sind alle in diesem Bezirk in einem gewerb-
lichen oder kaufmännischen Betriebe nicht vorübergehend be-
schäftigten weiblichen Personen (Schülerinnen, Geheimes usw.),
und zwar auch für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit, verpflichtet.
Die Schulpflicht dauert drei Jahre, endet jedoch mit dem Schluß
desjenigen Schuljahres, in dem die Schülerin den 17.
Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen haben im Lehr-
saal des Schulhauses I sofort, vorm. von 10 bis 12 Uhr, durch
den Arbeiter zu geschehen. Auch schriftliche Anmeldungen sind
unter Beifügung der Personalien des schulpflichtigen Mädchens,
des Vaters usw. und des Arbeitgebers statthaft. Freiwillige
Schülerinnen können auch am Unterricht teilnehmen.

Gaugerhausen. Familien-Tradition. Das unter
kommunistischer Parteiführung stehende, der erst nach Wier-
hausen dieses Jahres hier verlegt wurde, sich schon wieder
ein anderes Tätigkeitsfeld ausgesucht hat, ist nicht weiter
bemerkenswert. Gegenwärtig, das sein hiesiger Nachfolger
Babermann heißt. Unentschieden ist es schon, daß der neue
kommunistische Parteiführer ausgesprochen der Sohn des
hiesigen wohlhabenden Deutschnationalen Stadterneuerers
Babermann ist. Entspricht da nun bei der bekannten Lebens-
verhältnisse Babermanns rechts und links der Volkswirtschaft
des Sohnes der deutschnationalen Familientradition der Vaters,
oder ist der Sohn sojugal aus der Art geschlagen?

Zeitz. Verjüngung. Am Montag nachmittag fand
in Berga im hiesigen Wohnhaus eine Schulausschuss-
sitzung der Jugendgruppe für Zeitz und Umgebung statt,
in welcher Stellung zu den gegenwärtigen Lebensverhältnissen
und über Maßnahmen gegen das Minderwertige beraten wurde.
Es wurde lebhaft über die Lage diskutiert, daß zahlreiche Beamte
an der Bahn oder Post nach Zeitz und Umgebung des Dienstes
Gelegenheit benutzen, Reparaturen an Schuhwerk für sich
und andere Personen gegen geringe Bezahlung auszuführen.
Diese Handlungsmasse steht mit dem 8. September in Wider-
spruch. Auch wird der Staat in finanzieller Beziehung selbst
geschädigt, indem von den Berufsbeschäftigten weniger Ein-
kommen erhoben werden können. Es wurde beschlossen,
einen Untersuchungsausschuss zu bilden, welcher beratende
Fälle, wenn dieselben mit Sicherheit festgestellt werden können,
bei der Handwerkerkammer zur Anzeige bringen soll. Dar-
über wurde die gegenwärtige Lebenslage eingehend diskutiert.
Die hohen Preise sind in eine Folge des traurigen Standes
unserer Mark und der überhöhten Preisbereichen bei den
Häuteaktionen, sowie der kapitalistischen Produktion des
Lebens. Es wurde beschlossen eine weitere Erhöhung der
Preise für Neuanfertigung von Schuhwerk, sowie Reparaturen
eintreten zu lassen. Dann wurde die Verjüngung von dem
Ebermeißler Hattrodt geschlossen.

Wittenberg—Dessau.

Dessau. Warum die Verdröpfung? In unserer
Ausgabe vom 29. September wiesen wir mit Recht auf den
Vertrag zweier unabhängiger Stadterneuerer bei der Bürger-
meisterwahl für unseren Ort hin. Bekanntlich ist es den Bür-
gerlichen gelungen, ihren vorgeschlagenen Kandidaten durch-
zuführen, trotzdem ihnen 5 Vertreter 7 Abgeordnete der
Linken gegenüberstanden. Das Resultat brachten sie mit Hilfe
der beiden „Unabhängigen“ Herdell und Witte fertig,
die sich bekanntlich durch irgend einen Anstoß der Bürgerlichen
überlistet haben und ihre Stimme der rechten Seite zu-
schlugen. In seiner letzten Sonnabendnummer nimmt es
uns das Volksetzungsblatt von Halle nun sehr heiß,
daß wir diesen Vertrag in aller Form der Öffentlichkeit
geoffenbart haben. Im den Eindruck dieser für die U.S.P. sehr
schmerzlichen Angelegenheit möchten wir nun zu ver-
öffentlichen, seitdem die „Volksetzungen“ ein ganz besonderes
Stücklein plumper Verdröpfung enthält. Folgendes Zey-
monstrum steht in ihrer letzten Nummer: „Die (S.P.D.)
wollen damit (mit der Veröffentlichung des Vertrags Bertrats
D. A.) vergelten machen, wie verdröpfung die S.P.D. in Heit-
feldt geschandelt hat, wo zwei ihrer bisherigen (Abh.) An-
hänger absichtlich den rechtssozialistischen Kandidaten durch-
zuführen ließen, um der Arbeiterpartei Schaden zu tun. Die
Volksetzungen selber schon an einem ziemlich starken Tobak
geknickt sind. Ob sie diese außerordentlichen Schritt ohne
jegliche Verantwortung wagen können, wissen wir nicht, da
ihre Ehre immer noch zu bestehen. Man darf, die S.P.D.
läßt ihren eigenen Kandidaten „untertauchen“, um einem bür-
gerlichen Vertreter an der Bürgermeisterwahl zu verhelfen.
Es heilige Einmal unabhängiger Zeitungsetzungen. Unsere Heit-
felder Genossen im Stadtparlament können wir die Letztre
dieser Notiz von Herzen, ihnen wird sich wohl selten wieder
einmal eine so günstige Gelegenheit bieten, einmal herzlich
über unheimliche Komik zu lachen. Die Zeit ist doch so ernst
und heitere Stunden so kostbar. „Die S.P.D. hat Verrat
geübt, weil zwei ihrer bisherigen Anhänger
ihren Kandidaten nicht wählen“ ist so stachel-
nd und unabhängig unterstellt in der Volksetzungen.
Wie heißt die Sache? Die beiden unabhängigen Kandidaten der S.P.D.
sind bei den letzten Wahlen auf Grund einer neutralen Bitte
genötigt worden, die mit der aufgestellten Bitte der sozial-
demokratischen Partei absolut nicht das mindeste zu tun hatte.
Ob das Herr Kapfeler bekannt ist? Wenn ja, warum wird
großes: „Unabhängigen“ Verehrte „Volksetzungen“, was bleibt
noch von Verrat in Dessau übrig? Hoffentlich findest du nach
diesem schlüssigen Bericht bald die Sprache wieder. Es wäre
zu schade! Die Arbeiter, Angestellten und Beamten mögen
aber an diesem Beispiel erkennen, wie „ernst“ sie auch all das
übrige Agitationsgeschäft der „Volksetzungen“ über den „Ver-
trat“ der S.P.D. zu nehmen haben.

Wittenberg.

Wittenberg. Unsere Mitglieder und Gönner. Die
Stadterneuerung unserer Ortsgruppe der S. P. D. am
Wittendobben bei Witz nach einem recht guten Verlauf. Unser
Vorsteher, Genosse Erzie, eröffnete dieselbe und gab die Infor-
mation bekannt. Nach dem Beginn einiger Proletarierlieber
wurde in den nächsten Tagen eine Veranstaltung mit solchen Ge-
sängen beginnen — verlos der Schriftführer, Genosse John, die

Wittenbergrer der letzten Veranlassung, gegen die Einmündigen
einer Erhebung zu machen — Schluß wurde in die Erhebung
eingetrennt. Genosse Hofmann gab einen Bericht über den
nach ihm beschriebenen Verlauf in Halle am 11. September, wozu
Genosse Wahl noch Ergänzungen machte. Hieran schloß sich eine
Ansprache, an der sich die Genossen Schmidt, John, Bressard
und Reiter beteiligten. — Eine recht ausführliche Ansprache ent-
sprach sich auch wieder über das an dem Falle des Zigarren-
händlers Mühlhordt angebrachte Haftentzug. Die Veranlassung
ist einmütig der Ansicht, daß dieses Haftentzug dieselbe
Schande für Wittenberg ist und verurteilt wurde. Aus dem
Verlaufe der Wittenbergrer Politik ist die Wittenbergrer
Mühle bald geschlossen werden, daß die Volksetzungen die pro-
ponierte Haftentzug billigt, denn es ist doch ein Verdienst für
die Polizei, die Entfernung dieses deutschnationalen Antifeministen
Wahrscheinens wegen Erregung öffentlichen Argersnisses darzu-
legen, wenn nicht auch andere Gesetzesparagrafen, die Ent-
ziehung herangezogen werden können oder sollen. — Genosse
John gab dann einen Bericht über die Jugendkonferenz am per-
gangenen Sonntag in Halle, wobei er hervorhob, daß er sich
und freudig bewegt ist über den herrlichen Verlauf dieser Ver-
sammlung. Der Tagesabend in Halle habe gezeigt, daß die S.P.D.
auch in der Jugendbewegung eine führende Rolle spielt und daß
man gerade in Bezug auf die Jugend den Blick in die Zukunft
stellen könne. Redner schloß mit dem Wunsch, daß man auch in
Wittenberg bald eine recht ansehnliche Jugendgruppe aufstellen
könne. Genosse Wahl richtete bei der Besprechung die Wittenbergrer
Ansprache an die Eltern der Jugend und betont, daß die sozia-
listische Erziehung unserer Jugend bereits im Elternhause be-
ginnen müßte, sonst seien alle Bemühungen unzureichend vergeblich.
— Recht eingehend beschäftigte sich die Versammlung lobann mit
der angeregten Beitragsberührung. Die Erklärung war, daß man
sich nicht nur wegen es unbedingt notwendig ist, ein Beitrags-
erhöhung vorzunehmen, und — falls sich diese Notwendigkeit er-
geben sollte, den Beitrag für männliche Mitglieder von 50 auf
70 Pfg. und für Frauen von 25 auf 40 Pfg. zu erhöhen. Ge-
nosse Schmidt bezeichnete eine Beitragsberührung bei den heu-
tigen Verhältnissen als sehr genau. Gehört die Wittenbergrer
Gliederung der Frauenbeiträge zu den Männerbeiträgen für
gerecht. Die Frau habe sich dieselben politischen Rechte wie der
Mann, deshalb müßten auch die Beiträge gleiche werden. Viel-
leicht lasse sich auf diese Weise eine allgemeine Beitragsberührung
vermeiden. Schließlich stellte sich die Veranlassung auf den Be-
stand der Jugendbeurteilung, die Wittenbergrer Jugendgruppe
erhöhen, und über die Wittenbergrer Beitragsberührung einer klaren
Kritik unterzogen. Nach vor einigen Monaten habe der Volks-
partei Dr. Bremer-Dormund in einer öffentlichen Veranlassung
in Wittenberg erklärt, die sozialdemokratischen Mitglieder
müßten aus der Regierung entfernt werden. Die Wittenbergrer
sozialistische Partei sei die Partei der Zukunft. Daß es nur eine
Antwort und die hiesige: Niemand! Hierfür wurde folgende
Entschließung des Genossen Schmidt einstimmig angenommen:
„Der Ortsverein Wittenberg kann den Beschluß des Heitler
Parteiorgans, eine Koalition mit der deutschen Volkspartei nicht
billigen. Wir erkennen darin eine Verletzung der Parteizucht und
sozialistischen Ziel. Nur eine Koalition nach links kann uns hel-
fen.“ Eine Anzahl neuer Genossen konnte hierauf wieder in
unseren Reihen aufgenommen werden. Genosse Erzie wies so-
dann auf das jüdische Unglück in Oppau hin und teilte mit,
daß der Magistrat Wittenberg 5000 M. für die Oppauer Opfer
bewilligt hat. Die Oppauer Arbeiter haben durch Erziehen von den
Führern. Bei jeder Gelegenheit wird erörtert, daß das
Stückelwerk im benachbarten Wittenberg Gefährden durch, wenn
vielleicht auch nicht in dem Maße, wie dies in Oppau der Fall
war. — Die Veranlassung beschloß weiter, den Wittenbergrer
durch eine große Feier in Halle und Zeitz zu begehen, die Vorbe-
reitung dazu werden dem Vorstande überlassen. Genosse
Schmidt wies weiter auf die vielen Denkmäler hin, die von den
Kriegsvereinen veranlaßt wurden und betont, daß
man dafür lieber die noch lebenden Kriegsgenossen unterstützen sollte.
Nachdem Genosse Borsdorf noch einige Worte über die Veranlassung
mit gemeinlichem Gehör der Internationale für Erzie.

Anmerkung der Redaktion: Die Entschließung der Wittenbergrer
Genossen trifft unseres Erachtens nach nicht den Kern des
Heitler Beschlusses. Denn von einem Zusammengehen mit der
Volkspartei heißt in den Wittenbergrer Wort. Das hat nur die
bürgerliche und die unabhängige Presse mit viel Gelächel und
großem Agitationsdramen der Partei, die die Zentrale der U.S.P. für ihre
Teilnahme an der Regierung soll die gleichen Forderungen auf-
stellte, wie unter Verletzung in Gorki.

Wittenberg. Deffentliche Jugendversammlung.
Am Donnerstag, den 30. September, fand im Gaule im Felde
eine öffentliche Mitgliederversammlung der U. S. P. und S. P. D.
statt. Auf der Tagesordnung stand das Referat des Genossen Reiser
„Der wirtschaftliche Kampf und die gegenwärtige Lage der
Jugend und die gigantischen Kämpfe, die heute die erwachende
Arbeiterklasse zu führen hat und wies darauf hin, daß am meisten
das Jungproletariat unter der Wäutere des Unternehmertums zu
leiden hat. Die Volksetzungen geben den Lehrern die Möglichkeit,
die Lehrlinge schrankenlos auf zu lassen und die Arbeiter, die
Jugend zu vernichten, wenn sie nicht vollständig vernichtet will, gegen die
Schrecken der Internierung vorgehen. Aber dieser Angriff kann
nur dann erfolgreich sein, wenn das Jungproletariat geschlossen
und einmütig bekämpfen steht. Um den wirtschaftlichen Kampf
erfolgreich zu gestalten, haben diese Organisationen beschlossen, eine
Jugendpartei zu gründen. Dieses hat die Wittenbergrer Arbeit-
erinnen und Arbeiter zu unterstützen und für eine bessere Ent-
lohnung der jugendlichen Arbeiterinnen, Arbeiter, Lehrlinge und
Verdröpfung einzutreten. Das Kartell kann aber nur dann gute
Arbeit leisten, wenn es von jedem Jugendlichen unterstützt wird.
Die Kartellen, die in einer gemeinsamen Sitzung ausgearbeitet
worden, wurden einstimmig angenommen. An den Kartellmitgliedern
wurden die Genossen Briemann, Jacob und Händel von der U. S. P.
genannt. Jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter, teilt alle die
Mitglieder, die im Betriebe oder in der Werkstatt vorhanden sind,
dem Genossen Arthur Schaub, Wittenberg, Krummer Weg 61, mit.
Es soll mit Hilfe des Gewerkschaftsartells und der erwachsenen
Arbeiterklasse unter Lage gebietet werden.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Torgau. Wenn alle Ströme reiben. Das
Torgauer Kreisblatt kann in der Sache seines belebten Schül-
lings Dr. Gerke immer noch keine ruhige Stunde finden.
Da die Regierung nicht vor dem reaktionären Kreislauf
und einigen „unabhängigen“ Reaktionen im
Mannens raten durchdringen. Das trübige Kreisblatt bringt
nun in seiner letzten Sonnabendnummer folgenden „Plan“ zur
Kenntnis: „Wenn alle Ströme reiben, muß eine Majorität
die Sache Gerke zur Entscheidung bringen.“ Eine Partei
mit Hunderte tausend Unterschriften von der Minister nicht
ignorieren. Die Kosten sind schon anzuweisen! Wir fragen
nun, wie eigentlich die Kosten aufbringen soll. Die Antwort ist
sehr leicht. Denn, wer unsere Herren Agrarier kennt, weiß, daß
sie sich die Sache nur dann etwas leisten lassen, wenn sie mit Hilfe
des anelanten „Kapitals“ Riemen aus der Haut des Volkes
schneiden können. Die Reaktion will die Kosten aufbringen
lassen. Die Vertreter der Klasse, halten wir! Des-
halb auch die Fähigkeit bei der Vereidung dieser Wäuterei
im Kreise. Wir können aber der vereideten Gerke-Tante
versichern, daß die Antwort der vereideten Wäuterei anders
ausfallen wird als das Kreisblattschweinitz der jüdischen „Kom-
munisten“ und „unabhängigen“ Kreislaufschweinitz D e f e r
D e u m e s.